

Edgar Einemann

Lokale Energieversorgung als politischer Prozeß: Die Bremer Kontroverse

1. Energiepolitische Diskussion

Die Energiepolitik kann für sich beanspruchen, das inzwischen aus einer Vielzahl von Blickwinkeln »ausgeleuchtete« Feld konkreter Technik-Anwendung zu sein: auf kaum einem anderen Gebiet hat es eine ähnlich tiefeschürfende und öffentlichkeitswirksame Diskussion der Bedingungen, Folgen und Alternativen des Technikeinsatzes gegeben. Es ist deutlich geworden, daß es keine technologischen Sachzwänge, sondern politische Gestaltungsspielräume gibt und die bewußte Entscheidung für den einen oder anderen Pfad der Energieversorgung möglich ist — Energiepolitik ist Ausdruck von Gesellschaftspolitik.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und vertiefende Beweisführung kann zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion um die Kernenergie — gerade nach dem Reaktorunglück in der Sowjetunion — kurz festgehalten werden:

- die regierungsoffiziellen Prognosen des zukünftigen Energiebedarfs haben sich als weit überhöht erwiesen, die reale Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch übersehen und die großen Energiesparpotentiale ignoriert
- die These vom billigen Atomstrom hat einer kritischen Überprüfung nicht standgehalten, die öffentlichen Leistungen bei der jahrzehntelangen Forschungsförderung und die Kosten der Wiederaufarbeitung/Endlagerung unzureichend thematisiert sowie größere Unfälle nicht einkalkuliert; die Gründe für das faktische Ende der Kernenergie in den USA sind vor allem im ökonomischen Bereich zu suchen
- nicht nur die spektakulären Reaktorunfälle von Harrisburg und Tschernobyl, sondern auch die »kleineren« Störfälle und Probleme des laufenden Betriebes, Schreckensmeldungen über Verseuchungen in der Umgebung von Wiederaufbereitungsanlagen sowie die nach wie vor ungelöste Entsorgung (die Abfälle strahlen z.T. tausende von Jahren) lassen die Atomkraft als ökologisch ungeeignete Variante der Energieversorgung erscheinen

- die nicht gegebene Rückholbarkeit der Technologie und die Belastung zukünftiger Generationen, die besonderen Sicherheitsmaßnahmen z.B. bei der Bewachung von Kernkraftwerken und Atomtransporten, die verbesserten Möglichkeiten der Atombombenproduktion und die Gefährdungen im Falle von terroristischen Aktionen gegen Kernkraftwerke begründen die demokratische und ethische Unverantwortbarkeit dieser Technologie.

In Verbindung mit der moralischen, politischen, ökonomischen und ökologischen Kritik der Kernenergie, an der von einer mächtigen und reichen Atom-Lobby trotz der inzwischen mehrheitlichen Ablehnung in der Bevölkerung festgehalten wird, wurden zugleich alternative Konzepte der Problemlösung entwickelt. In die Konkretisierung solcher »Ausstiegs-Szenarien« gehen unterschiedliche Überlegungen ein — sie sind sowohl unter Arbeitsplatz- wie Ökologie- und Demokratie-Gesichtspunkten tragfähig und bilden die Basis für politische Annäherungstendenzen von SPD, Grünen und Gewerkschaften.

2. Lokale Alternativen

Als Resultat der Alternativ-Überlegungen zur Großtechnologie Kernkraft sind Energiestrategien formuliert worden, die auf zwei Prinzipien basieren: Maximale Einsparung von Energie und Dezentralität der Versorgung, wobei gerade die Verbindung von Strom- und Wärmeerzeugung (und deren Nutzung als Fern- bzw. Nahwärme) eine optimale Nutzung der eingesetzten Ressourcen (minimale Umwandlungs- und Transportverluste) sowie eine optimale Anpassung an den Bedarf (Möglichkeit des Abschaltens einzelner Blöcke) garantiert.

Dezentrale Spar- und Versorgungsstrategien sind nicht nur unter ökologischen und demokratischen Gesichtspunkten, sondern auch ökonomisch vernünftig: Sie sind die kostengünstigste Lösung und zugleich zur Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen geeignet. Die rationelle Energieversorgung für Regionen kann genaue Siedlungsstrukturen erfassen und kommt unter Berücksichtigung von Stadtplanungskriterien zum Einsatz dezentraler Technologien wie Blockheizkraftwerken, gasgetriebenen Wärmepumpen, Müllpyrolyseanlagen, Solarenergie und Biogas. Die Versorgung von Stadtteilen oder großen Wohnblöcken kann durch wirbelschichtbefeuerte Blockheizkraftwerke geschehen.

Erforderlich ist eine Neudefinition der Rolle der Energieversorgungsunternehmen, die anstelle der Bereitstellung immer neuer Versorgungskapazitäten Anreize und Beratungsleistungen zur Energieeinsparung anbieten sollten. In den USA vergeben Energieversorgungsunternehmen günstige

Kredite bis zu einer Laufzeit von 20 Jahren an Hausbesitzer, um z.B. solar-beheizte Warmwasseranlagen zu installieren. Der Hausbesitzer kann diese Neuanschaffung nahezu vollständig aus Einspareffekten finanzieren, während das Elektrizitätsunternehmen die Anlage als eigene Investition verbucht und damit den Bau von sehr teuren Großkraftwerken vermeiden kann. Solche Maßnahmen sind unter einzel- und gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten profitabel und auch im Bereich anderer Energietechnologien anzuwenden.

Derartige Überlegungen hat es in der Bundesrepublik kaum gegeben, weil die Energieversorgungsunternehmen primär am Verkauf von Energie interessiert sind und aufgrund des Energieversorgungsgesetzes eine Monopolstellung haben.

Während die Verbraucher bei ihren Ausgaben für Energieanlagen in relativ kurzen Zeiträumen denken, können die Stromkonzerne ihre Investitionen über längere Zeiträume abschreiben; hierin liegt ein Grund dafür, daß Energiesparinvestitionen im Vergleich zum Bau von Großkraftwerken als unverhältnismäßig teuer erscheinen. Die Energieversorgungskonzerne haben darüber hinaus die Möglichkeit, auch ihre Fehlinvestitionen in Überkapazitäten über die Preisgestaltung auf die Verbraucher abzuwälzen und selbst ungesicherte Projekte wie den Bau von Kernkraftwerken schon in der 10-jährigen Bauphase über den Strompreis zu finanzieren. Diese Rahmensituation ermöglicht »Rentabilität« und wirtschaftliches Florieren bei Energiekonzernen auch dann, wenn sie sich schwer verkalkuliert haben.

Es ist erforderlich, die Gesetzgebung zur Energieversorgung so umzustellen, daß die Macht der Energieversorgungskonzerne eingeschränkt wird, die Regionen/Kommunen die politische Autonomie zu einer sinnvollen Energieversorgung erhalten und eine Dezentralisierung der Investitionen mit dem Ziel der Energieeinsparung möglich ist.

3. Das Beispiel Saarbrücken

Im Rahmen einer Fachtagung des Kooperationsbereichs zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen im April 1984 zum Thema »Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?« wurde u.a. das örtliche Versorgungskonzept für Saarbrücken vorgestellt — ein Modell, das die weitere Bremer Diskussion stark beeinflußt hat.

Saarbrücken entwickelt und realisiert ein Versorgungsmodell, bei dem vier Grundüberlegungen eine zentrale Rolle spielen:

- Förderung von Energiesparmaßnahmen beim Verbraucher
- Nutzung der industriellen Abwärme
- Erschließung regenerativer Energiequellen
- Verstärkter Einsatz heimischer Kohle.

Die Stadtwerke Saarbrücken verstehen sich nicht nur als Energielieferant, sondern bieten Dienstleistungen zur Energieeinsparung an bzw. ermöglichen durch eine lineare Tarifgestaltung Energiesparanreize. Diese Politik führt zu einer Dezentralisierung der Investitionen, die jetzt entweder vom Verbraucher oder von den Stadtwerken vorgenommen werden — die vorhandenen Mittel werden beschäftigungsintensiv eingesetzt. Zur Realisierung eines Energiesparprogramms werden in Zusammenarbeit mit Banken und Behörden Energieeinsparinvestitionen zinssubventioniert. Die Stadtwerke bieten z.B. einen Kredit bis zu 30.000 DM ohne Sicherung mit einer Laufzeit von 20 Jahren an, um die Installation eines Fernwärmeanschlusses oder eine Modernisierung der Heizungsanlage bzw. Wärmedämmmaßnahmen zu ermöglichen. Der Fernwärmeanschluß kostet DM 7.000 DM und kann in Raten von DM 50,-- zinslos zurückgezahlt werden; Hausbesitzer können ihre Investitionskosten nur an den Mieter weitergeben, wenn dieser mit geringeren Heizkosten »belohnt« wird.

Die Stadtwerke führen auch Beratungsmaßnahmen durch, die von einfachen Informationen bis hin zu detaillierten Hausanalysen reichen. Neu entwickelt wurde ein »Wärme-Direkt-Service«, bei dem die Stadtwerke den Betrieb und die Wartung der Heizanlage übernehmen und dem Kunden einen linearen Tarif für den Energieverbrauch berechnen, der direkt kontrolliert werden kann, so daß die Energieabnehmer zu Einsparmaßnahmen angeregt werden.

Bei der Konzeption des Fernwärmenetzes werden die Möglichkeiten der industriellen Abwärme, der Kraft-Wärme-Kopplung und der Energiegewinnung aus Müll berücksichtigt. Im ersten Schritt werden lokale Fernwärmeinseln aufgebaut und spezielle Einspeisemöglichkeiten wie z.B. Energie aus Gaswärmepumpen gewählt. Der letzte Schritt ist die Einbindung der Netze in ein Fernwärmeverbundsystem. Diese Vorgehensweise senkt die Kosten ebenso wie spezielle Verlegeverfahren. Saarbrücken wird auch aus industriellen Ballungsgebieten über die Fernwärmeschiene Saar industrielle Abwärme einsammeln und in das innerstädtische Netzsystem einspeisen.

Bei den regenerativen Technologien steht die Gaswärmepumpe an erster Stelle, da sie eine Wärmeausnutzung von 180 Prozent hat (d.h. beim Einsatz von 100 Prozent Primärenergie-Gas wird eine nutzbare Wärmemenge von 180 Prozent erzielt). Die zusätzliche Wärme wird aus der Luft, aus dem Wasser oder dem Erdreich gewonnen. Diese Technologie läßt sich besonders gut für die nicht so dicht besiedelten Gebiete oder für Wohnblocks einsetzen.

Kleintechnisch sollen Sonnenenergie-Absorber-Dächer eingeführt werden; dafür stehen Modellhäuser zur Anschauung zur Verfügung. Im kleineren Maßstab (Bauernhöfe, Gärtnereien) soll auch Windenergie erprobt werden. Biogas kann bei Klärwerken gewonnen werden. Erprobt wird auch der

Einsatz von Blockheizkraftwerken mit Wirbelschichtbefeuerung in Völklingen.

Der Ausbau dieses Versorgungsprogramms dauert ca. 20 Jahre und liefert damit einen kontinuierlichen Beschäftigungseffekt in der Krisenregion Saarbrücken.

4. Energieversorgung in Bremen 1984

Die Bremer Region wird von den Stadtwerken (im öffentlichen Besitz) mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme versorgt; das Unternehmen hat fast 3.000 Mitarbeiter, einen Umsatz von ca. 1 Mrd. DM, ein jährliches Investitionsvolumen von ca. 100 Mio. DM und trägt durch eine »Konzessionsabgabe« zur Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Hand bei. Im Bereich der Stromversorgung beträgt die installierte Kraftwerksleistung ca. 1000 Megawatt, die maximal zu 60 Prozent ausgelastet wurden; bei der leistungsgebundenen Wärmeversorgung (insgesamt 36 Prozent) spielt die (zu einem Drittel allein vom Daimler-Benz-Werk abgenommene) Fernwärme eine untergeordnete Rolle (9 Prozent), während der Anteil des Gases (26 Prozent) dominiert (1 Prozent Elektrospeicherheizung). Es wurden keine wesentlichen Beiträge auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung geleistet, so daß bei der Stromerzeugung ca. 60 Prozent Primärenergieverluste entstehen und zudem eine längerfristige Abhängigkeit vom Erdgas zu verzeichnen ist. 90 Prozent des Stromes werden von den Stadtwerken selbst produziert, 10 Prozent vom Großkonzern NWK/PREAG gekauft — darunter auch Atomstrom. Der vom Landesparteitag der alleinregierenden Sozialdemokraten schon in den 70er Jahren geforderte forcierte Ausbau der Fernwärmeversorgung wurde von den Stadtwerken ignoriert und stattdessen mit allen Mitteln auf Erdgas gesetzt. Der Mitte der 80er Jahre beginnende Diskussionsprozeß über eine ökologisch sinnvolle, arbeitsplatzsichernde lokale Energiepolitik wurde durch das technisch bedingte Auslaufen eines Kraftwerkblockes zu einem öffentlichkeitswirksamen Politikum.

5. Die Kontroverse um die zukünftige lokale Energiepolitik 1985/86

Anfang 1985 forderte der Landesparteitag der Bremer SPD die Landesregierung zur Vorlage eines Energieversorgungskonzeptes auf, das durch »gezielte Energieeinsparung und intensive Nutzung der Abwärme« gekennzeichnet ist und bei dem ein zu einem Verbund zu vernetzender stufenweiser Ausbau der Nah- und Fernwärme sowie die Energieproduktion auf Basis

der Kraft-Wärme-Kopplung erfolgt. Die aus Gründen der Stabilisierung des öffentlichen Haushalts ins Auge gefaßte Veräußerung von Stadtwerke-Aktien z.B. an den (Atom-) Energiekonzern NWK/PREAG stand nach Meinung der SPD »einem solchen Konzept entgegen und wird abgelehnt«. Gefordert wurde der Neubau eines Kohlekraftwerkes (Block 15 im Stadtteil Hastedt) auf Basis neuester Umwelttechnologien, um die auslaufende Kapazität zu ersetzen. Diese Position wurde von der Gewerkschaft ÖTV mit Hilfe von Gutachten unterstützt, und auch die Grünen schlossen sich an: sie wollten allerdings eine kleinere Auslegung von Block 15 (80 statt 130 Megawatt) und dessen Ergänzung durch 20 Blockheizkraftwerke.

Diese Vorgaben schreckten allerdings weder die Stadtwerke AG noch den Energiebeauftragten der Landesregierung. Während die Stadtwerke im Sommer 1985 in großen Anzeigen für Sonderkonditionen beim Erdgasanschluß warben (Parteibeschuß: »Bei Erneuerungsbedarf... ist dann von den Stadtwerken nur noch Fernwärme anzubieten«), wurden im Hause der zuständigen Wirtschaftsbehörde teure Gutachten in Auftrag gegeben und eigene Berechnungen angestellt, die zu »eindeutigen« Ergebnisse kamen: der Ausbau der Fernwärme sei in Bremen weder sinnvoll noch kostengünstig, der Neubau eines eigenen Kraftwerkes produziere jährlich Mehrkosten in Höhe von ca. 5 Mio. DM und der Verzicht auf den Aufbau eigener Kapazitäten zugunsten der Erhöhung des Fremdanteils sei die zwingende Konsequenz.

Am 1. Oktober 1985 bestätigte der Unterbezirk Bremen-Ost der SPD den Beschluß des Landesparteitages vom März aus zumindest drei Gründen:

- die technischen Annahmen in bezug auf die Möglichkeiten und Kosten der Fernwärmeversorgung erfolgten in Unkenntnis der Erfahrungen z.B. in Flensburg, das unter ungünstigeren Bedingungen durch die Nutzung preiswerter Leitungssysteme eine Anschlußdichte von 100 Prozent realisieren konnte
- die positiven regionalen Beschäftigungsauswirkungen wurden unzureichend gewürdigt
- eine verengte betriebswirtschaftliche Sichtweise ist unangebracht, wenn es um die Aufgabe der Möglichkeit zu einer autonomen, dezentralen und nicht-atomaren Energieversorgung geht; die Öffnung des Bremer Marktes für die Atomlobby sollte unterbleiben, zumal der errechnete Preisvorteil von 5 Mio. DM pro Jahr sowohl zweifelhaft als auch relativ unbedeutend (angesichts eines Umsatzes von 1 Mrd. DM) ist.

In diese Kontroverse zwischen regierender SPD, Gewerkschaften und Grünen auf der einen und der Wirtschaftsbehörde, den Stadtwerken AG und der Handelskammer auf der anderen Seite platzte eine sensationelle Nachricht, die die Kräfteverhältnisse schlagartig zugunsten der Atomlobby verschob. Die Klöckner-Hütte, in Bremen einer der größten Arbeitgeber, for-

derte entschieden den Bezug von (Atom-)Strom von der NWK/PREAG und die Streichung der Pläne für einen Kraftwerkneubau in Bremen; die Hütte, zugleich größter Stromabnehmer (in Spitzenzeiten bis zu 36 Prozent) der Stadtwerke, drohte mit dem Bau eines eigenen Kraftwerkes oder einer Klage gegen die Monopolrechte der Stadtwerke, um einen von der PREAG angebotenen Super-Sondertarif (angebliche Einsparmöglichkeiten für Klöckner im Vergleich zu den Stadtwerke-Preisen: 9 Mio. DM pro Jahr!) nutzen zu können. Der Atomkonzern PREAG bot Atomstrom zu Dumping-Preisen an, um seine Überkapazitäten zu verringern und in einen neuen Markt einzudringen, und ein örtlicher Großkonzern mischte sich in die lokale Politik ein: »Wie es aus gut unterrichteten Quellen heißt, hat Klöckner die Stadtwerke unmißverständlich wissen lassen, daß die Hütte den Bau des Block 15 nicht hinnehmen werde« (Weser-Kurier vom 2.10.1985). Kurz vor dem entscheidenden Landesparteitag der Bremer SPD sah der Stadtwerke-Chef kaum noch Chancen für den Kraftwerk-Neubau (man kann Klöckner nicht mit 10 Mio. DM pro Jahr subventionieren und will nicht die Verantwortung für strompreisbedingte Entlassungen auf der Hütte übernehmen); die Stadtwerke-Belegschaft wehrte sich mit einer Kurzdemonstration gegen den Erpressungsversuch durch PREAG und Klöckner, weil sie in der Entscheidung gegen eine kommunale Energieversorgung einen Anschlag auf ihre Arbeitsplatzinteressen sah. Vor dem SPD-Landesparteitag am 12. November 1985 zeichnete sich ab, daß sich Handelskammer, FDP, Klöckner, PREAG, Wirtschaftsbehörde und Stadtwerke-Vorstand gegen Grüne, Jusos und Gewerkschaften durchsetzen würden: Die kritische Finanzlage Bremens schien keinen Widerstand gegen die — wie auch immer zustande gekommenen — Behauptungen des konkurrenzlos billigen Atomstroms zu erlauben. Ein Leitantrag des Landesvorstandes der Bremer SPD, der in der Konsequenz auf die Nicht-Realisierung des Neubaus in Hastedt hinauslief, kam nur durch eine überraschende Information an die Delegierten zu Fall: es wurde berichtet, daß bereits am 30. September ein Vorvertrag zwischen PREAG, Klöckner und Stadtwerke abgeschlossen und damit die Einspeisung des PREAG-Atomstroms in das Bremer Netz besiegelt worden war. Der Unmut der SPD-Delegierten über diese Politik der Hintertüren führte zur Verschiebung der Entscheidung auf den 7. Dezember 1985. Bis dahin wurde ein »Kompromiß« gefunden, der den Neubau eines kleinen Kraftwerks in Hastedt mit einer elektrischen Leistung von 45 statt 130 Megawatt und einer Fernwärmeleistung von 93 Megawatt (das Werk von Daimler-Benz ist der Hauptnutzer) vorsah und zugleich den von der PREAG gekauften Atomstrom-Anteil von 10 auf 23 Prozent erhöhte (angeblich mit einem Rabatt von jährlich 7 Mio. DM). Dieser Lösung stimmte der SPD-Landesparteitag gegen den Widerstand einiger Delegierter zu, die Gewerkschaft ÖTV akzeptierte sie und die SPD-

Bürgerschaftsfraktion war zum »Schlucken der Kröte Atomstrom« bereit, weil der Ausstieg aus der Kernenergie von Bremen aus alleine nicht zu schaffen sei.

6. Der Ausstieg nach Tschernobyl

Das Reaktorunglück in der Sowjetunion und die dadurch bedingten Verseuchungen in der Bundesrepublik haben in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung eine zunehmende Ablehnung der Kernenergie produziert; trotz aller Beteuerungen der Bundesregierung und der Stromkonzerne war die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr bereit, den Weg in den Atom-Staat weiter mitzugehen — allenfalls an der Frage, wie schnell und inwieweit ein Ausstieg aus dieser Technologie möglich ist, schieden sich die Geister. Während es in der Tiefe der Bremer SPD neue Diskussionen gab, beschränkte sich die Bürgerschaftsfraktion auf die Forderung nach einer kürzeren Laufzeit des PREAG-Vertrages (10 statt 20 Jahre) und der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Waltemathe hielt die Realisierung der »großen Lösung« des Neubaus in Hastedt schon aus finanziellen Gründen nicht für möglich: »Die Bundesmittel gibt es nur für die jetzige Konzeption« (Weser-Kurier vom 23.5.1986). Aber es formierte sich Widerstand. Eine Bürgerinitiative »Kein Atomstrom für Bremen« sammelte in kurzer Zeit 2000 Unterschriften und ca. 40.000 DM gegen den PREAG-Vertrag, und SPD-Gelegierte beantragten einen Sonderparteitag. Der Bezug von Atomstrom sollte durch eine Verringerung der Reservekapazitäten von 21 auf 6,5 Prozent, die (durch die Tarifgestaltung honorierte) Installation einer Ringschaltung zum Abschalten bestimmter Verbrauchsquellen in Spitzenlastzeiten und Veränderungen im Tarifgefüge (z.B. besonders günstige Tarife zu bestimmten Tageszeiten und Verringerung der Grundkosten zu Lasten der Verbrauchskosten, damit ein hoher Verbrauch nicht belohnt wird) sowie den Neubau eines Blockheizkraftwerkes überflüssig gemacht werden. Der Landesvorsitzende der Bremer SPD, Hans Dieter Müller, sprach sich im Vorfeld des Sonderparteitages entschieden gegen den Bezug von PREAG-Atomstrom aus und bekam für diese Position die Unterstützung vom DGB und den Grünen. Auch der Wirtschaftssenator schwenkte ein, bezog unter dem Eindruck von Tschernobyl Stellung gegen den PREAG-Vertrag und mußte sich dafür von der Handelskammer vorhalten lassen, er handele »betriebswirtschaftlich unverantwortlich«. Eine Tarifierhöhung von 4,8 Prozent für alle privaten Haushalte zur Abdeckung des rechnerischen Verlustes von 7,6 Mio. DM (wohl aufgrund der Zusicherung an Klöckner) wurde nun für durchsetzbar gehalten. Der SPD-Landesparteitag bestätigte am 18. Juni 1986 einmütig zwei Leitanträge des Landesvor-

standes, auf deren Basis die Landesregierung schon den Verzicht auf die erhöhte Lieferung von Atomstrom durch die PREAG beschlossen hatte. Gefordert wurde der »Bau von Hastedt/Große Lösung« d.h. der Neubau des Kraftwerkblockes 15 in der schon Anfang 1985 geplanten, von der Atomlobby abgeblockten Version (130 Megawatt elektrische Leistung). Auch für diese Entscheidung wurde im Nachhinein eine ökonomische Begründung gefunden, die Anlaß zu weiteren Überlegungen bieten muß. Erstens stellte sich sehr plötzlich heraus, daß mit Bundeszuschüssen auch für den Fall der »großen Lösung« zu rechnen sei, und zweitens überraschte der Stadtwerke-Vorstandschef mit der These, der »billige« Atomstrom sei im Grunde die teuerste Variante: »Man habe gerechnet, teilte er mit. Gestern nun war sogar von Kostennachteilen gegenüber dem billigen Atomstrom keine Rede mehr. Im Gegenteil: Czichon sprach sogar davon, daß der große Block von 1990 an zu einen Kostenvorteil von 1,5 Mio. DM führe. 'Wir haben die kleinen Beträge zu hoch bewertet', lautete die Begründung... Warum das grüne Licht für die 'große Lösung' Hastedt so spät kam, konnte der Stadtwerke-Chef nicht eindeutig beantworten. Er schob Zahlen vor, die nicht aufzurechnen gewesen seien. Daß auch politische Interessen im Spiel gewesen seien, stritt Czichon nicht ab« (Weser-Kurier vom 21.6.1986).

7. Fazit

Am Beispiel der Bremer Auseinandersetzungen läßt sich zeigen, wie konsequent die Atomlobby um neue Märkte kämpft und die Zerstörung dezentraler Energiekonzepte betreibt. Es werden von Managern, Bürokraten und hochbezahlten »Gutachtern« Zahlen so formuliert und dargestellt, daß sich die eigenen Absichten als unabweisbar kostengünstigste Variante erweisen — diese Zahlen sind nahezu beliebig austauschbar. Gerade deshalb spricht alles für das Durchhalten politischer Entscheidungen im Interesse des menschlichen Überlebens — auch gegen mächtige Industrie-Interessen. Am Beispiel der Energieversorgung läßt sich beweisen, daß es machbare und kostengünstige Alternativen gibt, die ökologisch vernünftig und beschäftigungspolitisch sinnvoll sind. Voraussetzung für ihre Durchsetzbarkeit ist allerdings ein in der Bevölkerung breit verankerter und unüberhörbar artikulierbarer Wille zur Veränderung, der allein den Wandel der Bremer Energiepolitik bewirkt hat. Beauerlich ist nur, daß dieser Wille auf einer Katastrophe basiert, deren Auswirkungen viele Menschen stark belasten und die nicht die zwangsläufige Voraussetzung zukünftiger Lernprozesse sein sollte.

Beschlüsse des Landesparteitages der Bremer SPD vom 18.6.1986

I.

Der Landesparteitag bekräftigt seinen Beschluß vom 12. Oktober 1985, mit dem der Senat zur Vorlage eines langfristigen Energieversorgungskonzeptes für das Land Bremen mit dem Ziel einer weitgehenden Energieeigenversorgung aufgefordert wird. Die Realisierung dieses Konzeptes ist nicht nur energiepolitisch dringlich, sondern auch ein wesentlicher Bestandteil des Programms »Arbeit und Umwelt«.

Das Kernreaktorunglück von Tschernobyl macht das geforderte Energieversorgungskonzept noch dringlicher.

Die Sozialdemokraten in Bremen wie im Bund fordern einmütig den Ausstieg aus der Atomenergie. Die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen sind darum gehalten, unter Ausschöpfung ihrer Handlungsmöglichkeiten konsequent zu handeln.

Der Landesparteitag fordert vom Senat entsprechend, seine nächsten energiepolitischen Entscheidungen an folgenden Punkten zu orientieren:

- 1. Der Vertrag mit der PreAG über eine weitere Zulieferung von Fremdstrom wird nicht unterzeichnet.*
- 2. Zur Sicherung der Stromversorgung für Bremen werden dafür folgende Schritte eingeleitet:*

2.1 Bau weiterer Kraftwerke

- Bau von Hastedt / Große Lösung*
- Späterer Zubau anderer Heizkraftwerke an anderen Standorten (z.B. Neustädter Hafen, Bahnhofsnähe oder Müllverbrennungsanlage)*
- Bei der Erneuerung von Großheizanlagen von Gebäuden sind, soweit irgend möglich, Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen zu installieren, deren Stromerzeugung in das öffentliche Netz eingespeist wird.*

2.2 Maßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs, insbesondere des Spitzenbedarfs

- Die Einführung eines linearen Tarifs, die die höheren Erzeugungskosten in Spitzenlastzeiten an den Verbraucher weitergibt (Beispiel: Saarbrücken)*
- Die Entwicklung eines Lastabwurfkonzeptes: Durch Fernschaltung werden Stromverbraucher wie Reklame, Kühltruhen u.ä. in Spitzenlastzeiten für Minuten bzw. maximal eine Stunde abgeschaltet. Die erzielbare Spitzenlastreduktion beträgt bis zu 10%. Als Anreiz zum Anschluß können Tarifsenkungen gewährt werden.*
- Verbraucherberatung zur Energieeinsparung.*

2.3 Weitere Maßnahmen zur Bewältigung des Spitzenbedarfs

Sollten die Maßnahmen zur Verringerung des Spitzenbedarfs nach 2.2 nicht ausreichen, ist zu prüfen, ob und wie die verbleibenden Spitzenbelastungen in den vorhandenen Kraftwerksblöcken aufgefangen werden können.

2.4 Einsetzung eines Energierates

Die beschriebenen kurzfristig realisierbaren Maßnahmen müssen unter breiter Beteiligung der Bevölkerung in ein ökonomisches und ökologisches Energieversorgungskonzept für das Land Bremen eingebettet werden, das unter den Gesichtspunkten der Ressourcenschonung, der Versorgungssicherheit und der Arbeitsplatzsicherung durch Einsatz innovativer Techniken der Energieerzeugung der langfristigen Sicherung bzw. Schaffung von Eigenerzeugungskapazitäten in beiden Städten des Landes Bremen dient. Es soll zu dem Bremer Programm »Arbeit und Umwelt« in enger Beziehung stehen. Dazu wird ein »Bremer Energierat« eingesetzt.

Bei der Entwicklung des integrierten Konzeptes sind folgende Vorstellungen zu berücksichtigen:

- Gezielte Energieeinsparung und intensive Nutzung industrieller Abwärme. Für die Einspeisung von Abwärme und überschüssigem Strom sind den Erzeugern höhere Abnahmepreise als bisher zu zahlen.
- Stufenweiser Ausbau eines flächendeckenden Nah-/Fernwärmenetzes in Form der sogenannten »Inselstrategie«. Dabei sind Erfahrungen anderer Städte (Vorbild Flensburg) zu berücksichtigen.
- Elektrizitätserzeugung auf der Grundlage regenerativer Energiequellen (Wind, Sonne, Biogas) besonders zu fördern.
- Offensive Ansiedlungs- und Strukturpolitik für Hersteller von Anlagen industrieller Kraft-Wärme-Koppelung, von Biogas- und anderen Anlagen zur Verwertung regenerativer Energie.
- Umgestaltung der Stadtwerkstarife mit dem Ziel, den Verbrauch zu reduzieren und Stromspitzen zu vermeiden.
- Umwandlung der Stadtwerke in ein Energiedienstleistungsunternehmen (Vorbild Saarbrücken)

2.5 Energieversorgung für Bremerhaven

Bremerhaven ist in das Konzept einzubeziehen. Wegen des bis zum 31.12.1999 bestehenden Vertrages mit dem Überlandwerk Hannover ist dies jedoch kurzfristig nicht möglich.

Danach ist ein Energieverbund zwischen Bremen und Bremerhaven vorzusehen, der auch dort den Bezug von fremderzeugtem Strom überflüssig macht. Sollten sich vorher Möglichkeiten ergeben, die Energieversorgungsstruktur zu verändern, so sind diese zu nutzen.

II.

Der Kernreaktorunfall von Tschernobyl hat gezeigt, daß auch mit der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht mehr kalkulierbare Gefahren für das Leben und Überleben von Natur und Menschen verbunden sind. Eine Technik, die im Falle von Störungen nicht mehr beherrschbar ist, darf von Menschen nicht eingesetzt werden.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist darum

- aus Sicherheitsgründen zwingend notwendig und dringlich;
- ohne nennenswerte Störungen in der Energieversorgung möglich;

- unter Kostengesichtspunkten vertretbar. Langfristig ist der Energiepfad K (Kernenergie) nicht nur unberechenbar risikoreicher, sondern auch teurer als der Energiepfad S (Sonnenenergie und Energiesparen).

Die Sozialdemokraten in Bund und Ländern, soweit sie in Regierungsverantwortung sind, werden darum folgende Maßnahmen ergreifen:

1. *Verhinderung des Einstiegs in die Plutoniumswirtschaft.*
 - *Der schnelle Brüter in Kalkar geht nicht in Betrieb. die Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet werden nicht fortgesetzt.*
 - *Der Bau der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wird eingestellt. Stattdessen wird der Weg der direkten Endlagerung beschritten.*
 - *Zur Erreichung des Zieles ergreifen die sozialdemokratischen Landesregierungen unverzüglich entsprechende Initiativen im Bundesrat. Das Atomgesetz wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt dahingehend geändert, daß der Einstieg in die Plutoniumswirtschaft gesetzlich verboten wird.*
2. *Einstellung des Baus von Atomkraftwerken.*
 - *Auf dem Wege über die Nichtgenehmigung der Inbetriebnahme im Bau befindlicher Atomkraftwerke wird unverzüglich ein Moratorium herbeigeführt.*
 - *Für neue Atomkraftwerke werden keine Baugenehmigungen erteilt.*
 - *Zur Erreichung beider Ziele werden die geltenden Gesetze unter Zugrundelegung erhöhter Sicherheitsanforderungen angewandt. Mit der Änderung des Atomgesetzes wird die Energiegewinnung durch Leichtwasserreaktoren nicht mehr zugelassen.*
3. *Stilllegung in Betrieb befindlicher Atomkraftwerke*
 - *Auf der Grundlage des Atomgesetzes werden Verordnungen mit erhöhten Sicherheitsanforderungen erlassen. Atomkraftwerke, die bei der folgenden Sicherheitsüberprüfung den Vorschriften der Verordnungen nicht entsprechen, werden sofort stillgelegt.*
 - *Alle übrigen Atomkraftwerke — einschließlich des Hochtemperaturreaktors — werden nach einem Szenario im Zeitraum der nächsten Legislaturperiode 1987 - 91 stillgelegt.*
Bezüglich der Sicherheitsvorkehrungen für stillgelegte Kernkraftwerke werden besondere Bestimmungen erlassen. Die rechtlich notwendige Entschädigung der Energieversorgungsunternehmen kann auf dem Wege der Sonderabschreibungen erfolgen.
4. *Reform der Energieversorgung der Bundesrepublik durch Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes*
Das heute noch geltende Energiewirtschaftsgesetz von 1935 diente der entstehenden Kriegswirtschaft des Dritten Reiches und der Stärkung von Strommonopolen. Es trägt den energiepolitischen Anforderungen für eine demokratische Gesellschaft, die in der Bundesrepublik auf der Selbständigkeit und Eigenkraft der Länder und Kommunen beruht, nicht mehr Rechnung.
Eine umfassende Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes ist darum Vorausset-

zung für ein neues Energiekonzept ohne Atomstrom. Die Änderungen betreffen vor allem:

- die Abschaffung der verbrauchsfördernden Stromtarife;
- die verbindliche Forderung regionaler Stromeinsparpläne;
- die Beseitigung der Benachteiligungen und Hindernisse für die kommunale Energieversorgung.

5. Nationales Forschungs- und Entwicklungsprogramm für nichtatomare Energie
Bund und Länder verständigen sich unverzüglich auf ein nationales Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf dem Gebiet der nichtatomaren, umweltschonenden Energieerzeugung und Energietechnik.

Mit Ausnahme der Förderung der Grundlagenforschung sowie der Erforschung der Endlagerungstechnik werden die bisher für Kernenergieforschung und Kernenergietechnik verwandten Forschungsmittel auf das neue Forschungs- und Entwicklungsprogramm umgeleitet. Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die auf dem Gebiet nichtatomarer Energie tätig sind, werden bevorzugt gefördert.

Lokale Beschäftigungs Initiativen

Konzepte · Praxis · Probleme

Herausgegeben von
Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Lokale Beschäftigungsinitiativen: Konzepte,
Praxis und Probleme/Udo Bullmann**
... (Hrsg.). (Verf. Jörg Bourgett ...). —
Marburg: SP-Verlag Schüren, 1986
ISBN 3-924800-36-7

NE: Bullmann, Udo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31, 3500 Marburg
1. Auflage, Marburg 1986
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1986
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Roswitha Oswald u. Reinhard Stang, NPP, Neustadt
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda
Printed in Germany
ISBN 3-924800-36-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
 I. Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik	
<i>Udo Bullmann</i> Neokonservative Modernisierung und lokale Alternativen	10
<i>Johann Welsch</i> Gewerkschaftliche Programme und dezentrale Alternativen in der Beschäftigungs- und Technologiepolitik	27
<i>Mike Cooley</i> Politik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität. Der strategische Gesamtansatz in London	47
 II. Lokale Beschäftigungsinitiativen	
<i>Bernhard Pollmeyer</i> Gewerkschaftliche Konzeptionen für eine aktive Beschäftigungspolitik am Beispiel Dortmund	74
<i>Gerd Lobodda / Heinz Pfäfflin</i> Gewerkschaftliche Regionalpolitik im Raum Nürnberg	92
<i>György Széll / Wilhelm Meemken</i> Arbeit und Wissenschaft e.V. - Arbeitnehmerorientierte Regionalförderung in Osnabrück	106
<i>Jörg Bourgett / Heiner Brülle</i> Auf dem Weg zu einer punktgesteuerten kommunalen Beschäftigungspolitik. Das Beispiel Wiesbaden	117
<i>Gerhard Grandke</i> Beschäftigungspolitische Initiativen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen in Offenbach	138
<i>Hans Nauber</i> Arbeitsbeschaffungsprogramme und Qualifizierungsprojekte am Beispiel Hamburg	150
<i>Jürgen Sosna / Günther Dey</i> Netzwerk - Selbsthilfe. Fünf Jahre praktische Alternativen in Bremen	169

III. Umstellung von Technologien und Produkten

Edgar Einemann

Lokale Energieversorgung als politischer Prozeß:

Die Bremer Kontroverse 182

Matthias Kollatz / Joachim Wuttke

Neue Wege in der Abfallwirtschaft 195

Peter Wilke

Alternativen zur Rüstungsproduktion:

Betriebliche und regionale Ansätze 207

IV. Dezentrale Politik:

Begründungen und Begrenzungen

Dieter Eißel

Antithesen zum bürokratischen Kapitalismus 224

Hans-Ulrich Klose / Michael Müller

Selbstbestimmt arbeiten — freier leben.

Die Wiedergeburt der Genossenschaftsidee als
alternativ-ökonomischer Ansatz 243

Edgar Einemann

Anmerkungen zur begrenzten Reichweite
lokaler Alternativen

258

Die Autoren

263

Vorwort der Herausgeber

Die Situation in den westlichen Industrienationen ist seit mehr als 10 Jahren durch eine anhaltende Beschäftigungskrise gekennzeichnet. Die auf der zentralstaatlichen Ebene dominierende konservative Austeritäts- und Modernisierungspolitik trägt zur Verschärfung der Lage der Arbeitslosen, der Sozialleistungsempfänger und der unteren Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten bei. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen der Krise werden dort besonders deutlich, wo die Lebenswelt der Hauptopfer ist; die Probleme sind keine der Statistik und der Wettermeldungen aus der Bundesanstalt für Arbeit (»jahreszeitlich bedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit«), sondern solche der konkreten Existenzbedingungen und sozialen Beziehungen in den untersten politischen Einheiten, in den Kommunen. Die Zuspitzung der Schwierigkeiten in vielen Städten und Gemeinden provoziert eine Situation, in der einem wachsenden kommunalen Handlungsbedarf eine abnehmende dezentrale Handlungsfähigkeit gegenübersteht und eine neue Diskussion darüber erforderlich ist, wie die verbleibenden politischen Spielräume optimal genutzt werden können.

Bei unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Detail ist die bundesrepublikanische Debatte um lokale Alternativen zum herrschenden Trend dabei stark beeinflusst durch das Beispiel britischer Städte, insbesondere der Stadtregierung von Groß-London und ihrer Auseinandersetzung mit dem Thatcher-Kurs. Gewerkschaften und alternative Gruppierungen, Sozialdemokraten und Grüne haben in den letzten Jahren ihre Bemühungen verstärkt, auch hierzulande die Chancen kommunalpolitischer Strategien zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation auszuloten und erste Schritte gegen die zentralstaatliche Spaltungs- und Ausgrenzungspolitik einzuleiten. Politische Erfahrungen mit unzureichenden Modernisierungs- und Abfederungsstrategien und der Druck sozialer Bewegungen bilden mittlerweile den Rahmen für eine Vielzahl von neuen stadtpolitischen und betriebsbezogenen Ansätzen (vgl. Kapitel I: Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik).

Mit diesem Buch wollen wir einen Ausschnitt nicht nur der Diskussion, sondern auch erste Praxiserfahrungen aus unterschiedlichen Städten vorstellen. In einem zweiten Block kommen daher Ansätze zu Wort, die sich explizit als lokale Antworten auf die Massenarbeitslosigkeit verstehen (vgl. Kapitel II: Lokale Beschäftigungsinitiativen). Hier geht es sowohl um die Veränderung gewerkschaftlicher und staatlicher Strukturen (der Aufbau von

Know-How und von entsprechenden Verwaltungsstrukturen ist die Voraussetzung für sinnvolle Interventionen) als auch um Maßnahmen zur Schaffung von Beschäftigung und zur Qualifizierung von Erwerbslosen. Bei allen diesen Experimenten spielen qualitative gesellschaftliche Entwicklungsziele eine große Rolle: welche sozial und ökologisch sinnvollen Arbeiten sollen ausgeweitet, welche Felder der kommunalen Ver- und Entsorgung in Angriff genommen werden?

Ein dritter Block von Beiträgen lenkt den Blick auf eine Reihe von Feldern der dezentralen Reformpolitik, auf denen eine Mobilisierung von Betroffenen und kommunalen Ressourcen zur Verbesserung der Lebensqualität möglich ist; hier gehen Zukunftsvorstellungen in die konkrete Gestaltung von Technologien und Produkten ein, die einen anderen Fortschrittsbegriff andeuten: z.B. sanfte Energiepolitik statt Atomkraft, ökologische Abfallwirtschaft statt Müll- und Giftproduktion und sinnvolle Produkte statt Herstellung von Rüstungsgütern (vgl. Kapitel III: Umstellungen von Technologien und Produkten).

Der Band schließt mit Aufsätzen, die die Möglichkeiten dezentraler Politik noch einmal auf dem Hintergrund aktueller technologischer und ökonomischer Veränderungen aufgreifen und die Verbindung von zentralen und kommunalen Handlungsstrategien für die Perspektiven einer sozialistischen Reformpolitik thematisieren. Neben den Gestaltungsmöglichkeiten und dem exemplarischen Gehalt kommunaler Politik wird hier auch deren begrenzte Reichweite deutlich (vgl. Kapitel IV: Dezentrale Politik: Begründungen und Begrenzungen). Jeder lokale Anstoß für eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik, jedes gelungene kommunale Experiment muß sich notwendig an konservativen Vorgaben und Durchgriffen von übergeordneten Ebenen brechen. Linke Ansätze »von unten« verlangen damit dringend nach der Ergänzung durch eine soziale, demokratische und ökologische Politik auf nationalstaatlicher Ebene — sie können jedoch auch gerade ein Stück der Mobilisierung hierfür sein.

Bremen, im September 1986

Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann